



Seit den Unruhen im März 2008 hat die Unterdrückung in Tibet deutlich zugenommen. Die Kommunistische Partei beschloss Anfang 2010 eine harte Linie, um für „Stabilität“ zu sorgen. Der chinesische Autor Willy Lam gibt eine Einschätzung.

Buddhismus im Griff der Staatsgewalt: Im Kloster Ganden, Tibet, gibt es eine Polizeistation.



Hu Jintaos harte Hand in Tibet

von Willy Lam

Die Regierung Hu Jintao hat ihre Tibetpolitik seit den Unruhen im März 2008 erheblich verschärft. Sie versucht auf diese Weise offensichtlich, die sprichwörtliche „lange Herrschaft und dauerhafte Stabilität“ der chinesischen Kommunistischen Partei in der unruhigen Region sicherzustellen. Immer mehr Kader, die als Hardliner bekannt sind, werden mit Führungspositionen in der Autonomen Region Tibet (ART) betraut.

Den geschätzten 6,5 Millionen Tibetern, die in der ART und in den angrenzenden Provinzen Sichuan, Gansu und Qinghai leben, wird eine beispiellose Hilfe versprochen. Gleichzeitig jedoch dient der Großteil der neuen Infrastrukturprojekte dazu, die Einwanderung von Han-Chinesen zu beschleunigen. Diese Maßnahmen, hinter denen mehrere Absichten stecken, scheinen darauf ausgerichtet zu sein, schon im Vorfeld mögliche Unruhen im Falle des Ablebens des 75-jährigen Dalai Lama zu entschärfen. Einstweilen sind die Aussichten

für eine Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Peking und dem geistigen Oberhaupt im Exil trüber denn je geworden.

Die auffallendste personelle Veränderung ist die Ernennung des Hardliners Pema Thinley (auch bekannt als Padma Choling), 58, Anfang 2010 zum Vorsitzenden bzw. Gouverneur der ART. Pema, ehemals stellvertretender Vorsitzender und später befördert zum stellvertretenden Parteisekretär, löst den 62-jährigen Qiangba Puncog ab, der Vorsitzender des regionalen Volkskongresses, der gesetzgebenden Körperschaft, wurde.¹ Da dieser drei Jahre vor dem Ruhestand des Amtes enthoben wurde, liegt die Vermutung nahe, dass der relativ gemäßigte, aber erfolglose Qiangba die Quittung dafür bekam, nicht hart genug gegen die Welle pekingfeindlicher Proteste durchgegriffen zu haben, die im Frühjahr 2008 und 2009 ausbrachen.

Pema dagegen ist einer der wenigen ranghohen ethnisch tibetischen Kader mit großer militärischer Er-

fahrung. Er diente von 1969 bis 1986 in den Militärbezirken Qinghai und Tibet. Zu Hus Zeiten als Parteichef der ART war Pema Sekretär der Parteizelle in der Zentrale der Lokalregierung und stellvertretender Leiter des Bezirks Nanshan. Außerdem genießt Pema, der seit Anfang der 2000-er Jahre für Recht und Ordnung in der ART zuständig ist, den Ruf eines Mannes, der die drakonische Pekinger Strategie gegen die so genannten „drei Ubel“ – Separatismus, Terrorismus und religiöser Extremismus – mit harter Hand durchsetzt.²

Die harte Linie des Partei- und Staatsapparats gegen ethnische Minderheiten wurde am 8. Januar 2010 auf einer Sitzung des Politbüros, die sich ausschließlich mit tibetischen Fragen befasste, beschlossen. Dabei verkündete Präsident Hu, der selbst von 1988 bis 1992 Parteisekretär in Tibet war, zwei Ziele für die ART im kommenden Jahrzehnt: „Streben nach (wirtschaftlichem) Aufschwung“ und „Aufrechterhaltung langfristiger Stabilität“. Im offenkundigen Bemü-



www.dietmar-glogowski.de

hen, die Herzen und Köpfe der Tibeter zu gewinnen, versprach Hu, die Zentralregierung werde den Tibetern in vierfacher Art helfen: durch Investitionsschub, Technologietransfer, Entsendung von besser qualifizierten Beamten sowie von „Experten und besonders geeigneten Personen“.

Ankurbelung des wirtschaftlichen Wachstums

Das Bruttoinlandsprodukt der Region soll in diesem Jahr um 12 Prozent steigen, für Investitionen in Anlagevermögen wird gar ein Wachstum von sagenhaften 18 Prozent erwartet. Entsprechend dem Ausspruch von Präsident Hu, nach dem „der Weg der Entwicklung mit chinesischen Merkmalen und tibetischer Art und Weise verfolgt wird“ (chines. zhongguo tese, xizang tedian), konzentrieren sich weitere Maßnahmen auf Bereiche wie Infrastruktur, Tourismus, Bergbau und Produktion. Da verwundert es kaum, dass der Börsenwert eines guten Dutzends an der Shanghaier Börse notierter Bau-, Transport- und Bergbaugesellschaften

zu Beginn des Jahres steil in die Höhe geschossen ist.³

An erster Stelle der für den 12. Fünfjahresplan von 2011 bis 2015 vorgesehenen Maßnahmen steht der „höchstgelegene Flughafen der Welt“, wie er von der offiziellen chinesischen Presse genannt wird. Mit dem Bau des 1,8 Mrd. Yuan (263,5 Millionen Dollar) teuren Flughafens in der tibetischen Präfektur Nagqu, die auf 4436 Meter Höhe liegt, soll Ende dieses Jahres begonnen werden. Nach Berichten örtlicher Medien wird der Flughafen Nagqu zusammen mit hochmodernen Einrichtungen wie der Qinghai-Tibet-Bahn „ein dreidimensionales Transportnetz vollenden, das ganz Tibet umfassen wird“.⁴

Exiltibeter und westliche Tibetexperten haben sich negativ zu diesem vermeintlichen New Deal Pekings für die verarmte Region geäußert. Vertreter des Dalai Lama beklagten, dass chinesische Investitionen in Tibet vor allem Geschäftsleuten und Facharbeitern aus anderen Provinzen zugute kommen und dass insbesondere modernisierte Transportsysteme die Sinisierung der Region durch Zuwanderung von Han-Chinesen erleichtern. In einer Stellungnahme zur neuen Tibetpolitik der Führung unter

Hu bemerkte der Tibetologe Robert Barnett von der Columbia University, dass „China jetzt wohl nicht mehr aus dem Konflikt mit den Tibetern herauskommt“. „Entweder fehlt es der Pekinger Führung an politischem Vermögen einzugestehen, dass ihre bisherige Politik womöglich gescheitert ist, oder ... sie glaubt, dass sie die Tibeter mit der gegenwärtigen Mixtur aus Repression und aufgezwungener Modernisierung, die zersetzend auf die Kultur wirkt und die Zuwanderung fördert, letztendlich auf ihre Seite bringen kann.“⁵

Präsident Hu und seine Berater haben nicht erwähnt, welcher Art die „Experten“ sind, die nach Tibet geschickt werden sollen. Jedenfalls sind nach den ethnischen Unruhen des vergangenen Jahres sowohl in Tibet als auch in Xinjiang noch mehr Soldaten und Offiziere der paramilitärischen Bewaffneten Volkspolizei (People's Armed Police – PAP) in den beiden Regionen stationiert worden.⁶ Es ist bezeichnend, dass Oberbefehlshaber Hu vergangenen Monat mit Generalleutnant Wang Jianping einen ehemaligen Chef der tibetischen PAP-Garnison zum Kommandeur der nationalen PAP befördert hat, deren Stärke auf fast eine Million Mann geschätzt wird.

Vor allem im Vergleich zu den „Spaltern“ in Xinjiang sind die „Peking-feindlichen“ Elemente in Tibet ihrer Natur nach pazifistisch und gewaltfrei. Dennoch stellt sich die chinesische Staatsmacht auf verstärkten Widerstand ein und knüpelt sowohl in der ART als auch in den tibetischen Bezirken der Nachbarprovinzen Mönche und andere potenzielle Störenfriede nieder. Peking betreibt mit verstärktem Elan eine weitere umstrittene Aktion: So sollen Informationen über alle „lebenden Buddhas“, Mönche und Nonnen in der Region erfasst werden. In den letzten Monaten wurden mehrere Mönche und Dissidenten mit hohen Gefängnisstrafen belegt. So wurde zum Beispiel der liberale Filmemacher Dhondup Wangchen im vergangenen Monat zu sechs Jahren Gefängnis verurteilt, weil er einen Dokumentarfilm gedreht hatte, der die Kulturpolitik Pekings gegenüber Tibet anprangert.⁷



Kein Interesse am Dialog mit den Tibetern

Überdies scheint Peking die Tür zu den sporadischen Verhandlungen mit den Abgesandten des Dalai Lama wieder zugeschlagen zu haben. Die Beziehungen der KPCh zu dem Friedensnobelpreisträger sind frostiger geworden, besonders nachdem dieser im letzten Jahr Arunachal Pradesh besuchte, eine indische Provinz, die Peking als chinesisches Territorium ansieht. Zudem setzen chinesische Diplomaten alle Hebel in Bewegung, um Politiker aus westlichen Ländern daran zu hindern, sich mit dem Oberhaupt der tibetischen Bewegung (sprich Regierung)-im-Exil zu treffen.

Diplomatische Beobachter sind der Ansicht, die Führung unter Hu sei nicht wirklich daran interessiert, den Dialog wieder aufzunehmen, denn Peking glaube, die Zeit arbeite für China. Nach dem Tod des Dalai Lama werde die tibetische Bewegung keinen weltweit anerkannten Führer mehr haben und könnte sich durchaus in verschiedene Fraktionen aufspalten.⁸ Robert Barnett meint, Peking schließe die Möglichkeit einer Wiederaufnahme der Gespräche vielleicht nicht aus, die Chancen für einen Kompromiss aber seien mager. „Die chinesische Seite mag sich vielleicht auf ein symbolisches Treffen mit dem Dalai Lama in letzter Minute einlassen, um der Schande zu entgehen, ihn gezwungen zu haben, im Exil zu sterben,“ sagt Barnett. „Aber solange sie nicht den Zusammenhang zwischen ihrer gescheiterten Politik und den Protesten sieht, wird sie den Tibetern kaum irgendetwas von Bedeutung anbieten.“

Währenddessen hat Präsident Hu, der im Ständigen Ausschuss des Politbüros für Fragen ethnischer Minderheiten zuständig ist, das staatliche Sicherheitsnetz in der Autonomen Region Xinjiang (ARX) verstärkt. Die Regionalregierung soll in diesem Jahr 2,89 Mrd. Yuan (423,1 Millionen Dollar) für die Aufrechterhaltung von Recht und Ordnung ausgeben. Das sind 87,9 Prozent mehr als für 2009.

Der Vorsitzende der ARX, Nur Bekri, ein Mitglied von Hus Kommunistischem Jugendverband, sagte letzte Woche, „die Stärkung der sozialen Sicherheit und ein hartes Vorgehen mit eiserner Faust gegen die ‚drei Kräfte‘ des Terrorismus, des Separatismus und des Extremismus werden nach wie vor oberste Priorität für Xinjiang haben.“⁹

Die starre Haltung der Führung der KPCh gegenüber den beiden autonomen Regionen macht es noch unwahrscheinlicher, dass die ultrakonservativen Parteisekretäre der ART und der ARX, Zhang Qingli bzw. Wang Lequn, in absehbarer Zeit abgelöst werden, auch wenn Hongkonger Medien im letzten Jahr berichteten, der 65-jährige Wang, der Anfang der neunziger Jahre erstmals in Xinjiang eingesetzt wurde, solle demnächst auf einen weniger heiklen Posten versetzt werden.¹⁰

Eines der negativsten Ergebnisse der konservativen Wende in Pekings Politik gegenüber Tibet und Xinjiang ist, dass die Gemäßigten auf beiden Seiten eingeschüchtert und zum Schweigen gebracht worden sind. So betrieben vor den Unruhen in Urumqi vom 5. Juli 2009 etliche einheimische und han-chinesische intellektuelle Websites, die sich für Versöhnung über Rassengrenzen hinweg aussprachen. Zumindest inoffiziell haben auch einige liberale chinesische Kader eine Rückkehr zu der flexiblen und toleranten Minderheitenpolitik befürwortet, die mit so berühmten Persönlichkeiten wie dem ehemaligen KP-Generalsekretär Hu Yaobang und dem ehemaligen Vizepremier Xi Zhongxun, dem verstorbenen Vater von Vizepräsident Xi Jinping, assoziiert wird.¹¹

Nachdem jedoch freiheitlich gesinnte Websites abgeschaltet und liberale Nichtregierungsorganisationen zerschlagen worden sind, führen die Stimmen der Vernunft und Mäßigung ein Schattendasein. Dazu kommt, dass Nationalismus, einschließlich wachsender Intoleranz gegenüber den als fremd empfundenen Kulturen der Tibeter und Uiguren – und Angriffe auf den Westen wegen der Unterstützung von Unabhängig-

keitsbewegungen in China – unter jungen Han-Chinesen offenbar auf dem Vormarsch sind. Deren heftige Ausfälle gegen die angeblich undankbaren und unpatriotischen Tibeter und Uiguren sind in den Chatrooms populärer Websites häufig zu finden.

Angesichts der Nachrichtensperre in Bezug auf Tibet und Xinjiang scheint es, dass die rigide Politik des Politbüros unter Hu es zumindest auf kurze Sicht geschafft hat, jegliche Anzeichen von Auflehnung zu unterdrücken. Auf lange Sicht jedoch werden brutale Unterdrückung und Sinisierung kaum der Art von Verständnis und Brüderlichkeit zwischen den verschiedenen Nationalitäten förderlich sein, die für dauerhafte Stabilität und Wohlergehen unerlässlich sind.

Aus dem Englischen übersetzt von Bernd Bentlin.

Dieser Artikel erschien Anfang 2010 in The Jamestown Foundation.

Abdruck mit freundlicher Genehmigung der Jamestown Foundation.

Willy Lam lebt in Hongkong. Er ist ein China-Spezialist, der seit über 25 Jahren die chinesische Politik, außen- und militärpolitische Fragen sowie die chinesisch-taiwanesischen Beziehungen analysiert. Er arbeitete von 1986 bis 1989 in Peking und bekleidete leitende Funktionen als Redakteur regionaler und internationaler Medien, darunter bei *Asiaweek*, der *South China Morning Post* und im Asien-Pazifik-Büro der CNN. Dr. Lam hat fünf Bücher über China verfasst, u.a. *China after Deng Xiaoping* und *The Era of Jiang Zemin*.

- 1 Ming Pao (Hong Kong), 16.1.2010; Tibet Daily, 6.1.2010.
- 2 Nachrichtenagentur Novosti (Moskau), 12.1.2010; Nachrichtenagentur Xinhua, 12.1.2010.
- 3 Tibet Daily, 9.1.2010; Nachrichtenagentur Xinhua, 9.1.2010; People's Daily, 10.1.2010.
- 4 AFP, 12.1.2010; Mil.news.sohu.com (Peking), 16.1.2010.
- 5 Interview des Verfassers mit Robert Barnett am 15.1.2010.
- 6 siehe: "The Xinjiang Crisis: A Test for Beijing's Carrot-and-Stick Strategy", China Brief, 23.7.2009.
- 7 Reuters, 7.1.2010, 11.1.2010; Asianews.it (Rom), 4.1.2010.
- 8 Reuters, 8.11.2009; Ming Pao, 9.11.2009; Global Times (Peking) 8.12.2009.
- 9 China News Service, 8.1.2010; China Daily, 13.1.2010.
- 10 Ming Pao, 14.12.2009; News.newstarnet.com (Peking), 15.12.2009.
- 11 AFP, 9.7.2009; The Times (London) 7.8.2009.